**Gemeinderatsfraktion**

Matthias Delbrück  
Frank Fuchs  
Kilian Kilger  
Hergen Schultze  
Brigitte Spies-Bechtel  
Friedeger Stierle, Fraktionssprecher  
Renate Tokur  
Helga Waller-Baus

Dossenheim, den 17. Dez. 2019

Betreff: Gemeinderatssitzung 17. 12.19, TOP Haushalt 2020

Hier: Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Lieber Herr Bürgermeister Faulhaber und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

*Dank*

zuerst danken wir unserem Bürgermeister, allen Angestellten und Beamten der Ge­meinde, ehrenamtlich tätigen Mitbürgern, insbesondere den Frauen und Männern der Feuerwehr und des Roten Kreuzes, Vereinen, Bürgerinitiativen, Kirchen, Gewerbetrei­benden und Betrieben herzlich für Ihre Arbeit und Ihren Einsatz für unser Gemeinwesen im letzten Jahr!

*Zustimmung zum Haushalt*

Vorab: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem vorgelegten Haushalt 2020 zu.

Zwar ist damit jetzt vielleicht ein wenig ‚die Luft raus‘…. Erlauben Sie mir dennoch eini­ge Anmerkungen zu diesem Haushalt und zu den Herausforderungen der Gemeinde. Die Zahlen und Veränderungen wurden ja bereits in den Gremien vorgestellt.

*Umstellung des Haushalts auf die Systematik der Doppik*

Der Haushalt 2020 ist der erste Haushalt Dossenheims, der nach der Systematik der Doppik, der „**dopp**elten **B**uchführung **i**n **K**onten“, erstellt wurde. Diese Umstellung machte viel Arbeit; besonderer Dank an die Kämmerei!

Wir Grüne sind sehr froh über diese Umstellung. Warum?

Bislang wurde der Haushalt nach dem Prinzip der Kameralistik erstellt; vereinfacht ge­sagt ein Geldverbrauchskonzept, mit dem geschaut wurde, ob das Geld im Säckel der Gemeinde für die *Ausgaben* langte – mal mehr, mal weniger. Gelegentlich wurde auch auf den Verkauf des Tafelsilbers zurückgegriffen - wenn es mal nicht langte.   
Konnte man sich das, was man zwar aktuell bezahlen konnte, aber auch wirklich lang­fristig *leisten?* Stand das immer im Fokus der Überlegungen? Und wurden damit die Ziele der Gemeinde erreicht? Waren diese überhaupt festgelegt?

Kern der Doppik ist es nun, Überblick über zweierlei zu bekommen: 1. wie sieht der jähr­liche betriebswirtschaftliche Erfolg, oder Misserfolg, der Gemeinde aus; und 2. wie ist die mittelfristige Entwicklung von Vermögen und Verbindlichkeiten? Der Fokus richtet sich auf: „können wir uns das ***wirklich langfristig leisten***“? Können wir unsere Werte auch in Zukunft pflegen und erhalten? Und haben wir überhaupt unsere Ziele richtig de­finiert?  
Etwas salopp gesagt: weg von „von der Hand in den Mund“ – hin zu mehr Nachhaltig­keit.

**Der Haushaltsentwurf**

Wie sehen die Grünen den vorliegenden Haushalt?

*Finanzielle Ressourcen*  
Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel sind im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken. Dies um ca. 3,5 Mio € (wenn ich richtig gerechnet habe) – und soweit ein Ver­gleich zu den Vorjahren wegen der veränderten Haushaltssystematik überhaupt zuläs­sig ist.  
Zum einen sanken die Einnahmen; und sie werden dies vermutlich in den nächsten Jah­ren weiter tun. Die unvorhersehbaren Sprünge der Gewerbesteuereinnahmen sind hin­länglich bekannt – und gefürchtet. Auch die ‚azyklisch‘ geringer ausfallenden Zuwei­sungen und Ausgleichszahlungen des Landes und des Kreises machen sich bemerkbar. Oder anders herum: die Ausgleichszahlungen Dossenheims für ärmere Gemeinden und für Leistungen des Kreises fallen höher aus, weil es uns die letzten Jahre sehr gut ging. Gelebte Solidarität zwischen den Kommunen.

Zum anderen schlagen aber – ganz neu - die Abschreibungen auf das Gemeindeeigen­tum zu Buche, und zwar spürbar. Diese zukünftig zu erwartenden Kosten zum Erhalt un­seres Eigentums wurden bislang im Haushalt *nicht* berücksichtigt. Jetzt aber! Wir sehen, ob wir nachhaltig wirtschaften.

Trotz der Mindereinnahmen schätzen wir die finanzielle Situation Dossenheims als ver­gleichsweise komfortabel ein. Die wirtschaftliche Lage der Republik ist weiterhin sehr gut, die Zuweisungen des Landes bleiben auf hohem Niveau.

*Schulden*

Die Verschuldung konnte weiter gesenkt werden. Wenn wir die ‚integrierten‘ Schulden[[1]](#footnote-2) - also nicht nur die Schulden im Kernhaushalt, sondern auch die bei den Eigenbetrieben und sonstigen Beteiligungen - betrachten, beträgt sie in Dossenheim pro Kopf ca. 270 € (im Jahr 2018 ca. 360 €). Im Vergleich dazu betrugen die integrierten Schulden der Ge­meinden vergleichbarer Größe im Jahr 2018 in Baden-Württemberg knapp 1.300 €/Kopf.   
Allerdings sind auch ein Fünftel der Gemeinden in Baden-Württemberg schuldenfrei!

Wir gehen davon aus, dass Dossenheim seinen heute erreichten Standard *weitgehend* wird halten können. Allerdings sind wir auch der Meinung, dass zur Finanzierung zu­künftiger, notwendiger Investitionen durchaus neue Schulden aufgenommen werden könnten, ja vielleicht müssen. Insbesondere, wenn dadurch Werte geschaffen werden, die dem nachhaltigen Wirtschaften, der Förderung eines gedeihlichen und sozial gerechten Zusammenlebens und der Sicherung der Lebensgrundlagen unseres Ge­meinwesens dienen.

*Kommunale Dienste*

Dossenheim ist mit den Dienstleistungen, die es seinen Bürgerinnen und Bürgern bie­tet, weiter gut aufgestellt. Schulen, Kindergärten, Bürgeramt, öffentlicher Verkehr, Bü­cherei, Sportstätten, u. a. sind qualitativ und quantitativ sehr gut. Ihre Finanzierung er­scheint auch in Zukunft gewährleistet. Eine der großen Investitionen dieses Jahr, neben den Straßensanierungsmaßnahmen, ist die Beschaffung von 2 Feuerwehr-Fahrzeugen, notwendig zum Erhalt der Leistungsfähigkeit unserer Feuerwehr.

*Personal und Organisationsstruktur der Verwaltung*

In diesen Tagen wird eine Organisationsanalyse des Personalkörpers der Gemeinde durchgeführt. Diese umfasst sowohl Aufbau- als auch Ablauforganisation der Verwal­tung. Die noch nicht vorliegenden Ergebnisse dieser Untersuchung, die wir sehr begrü­ßen, haben möglicherweise nicht nur Auswirkungen auf den Haushalt. Sie müssen auch mit den noch zu definierenden strategischen Zielen der Gemeinde in Übereinstimmung gebracht werden.  
Zudem wäre aus unserer Sicht zu prüfen, ob die **Bündelung der thematischen Berei­che** ***Energie, Klima- und Ressourcenschutz, möglicherweise auch Verkehr,*** in einer ei­genen Organisationseinheit der Verwaltung Sinn machen würde.

*Transparenz und Beteiligung*

Für unsere Bürgerinnen und Bürger sind frühzeitige und verständliche Information es­senziell. Dies zeigt überdeutlich die Auseinandersetzung um das ‚Augustenbühl‘.

Ohne Transparenz wird politisches und Verwaltungshandeln immer der Gefahr unter­liegen, nicht ausreichend Akzeptanz bei den Bürgern zu finden. Faire Bürgerbeteiligung, die niederschwellige Ermöglichung von politischer Teilhabe, ist notwendig und muss weiter verbessert werden.

Ich rege zudem an, über die Schaffung einer Art von **Transparenzregister für Amts- und Mandatsträger** der Gemeinde nachzudenken. Mögliche Ursachen für Interessen­konflikte wären öffentlich dargelegt – Missverständnissen und Gerüchten könnte vorgebeugt werden. In anderen Institutionen ist dies bereits üblich.

*Haushaltsanträge*

Viele bereits an die Verwaltung erteilte Aufträge warten noch auf Erledigung, u.a.:

- die Erarbeitung und Umsetzung eines Sanierungskonzepts für das Rathaus, Rathaus­platz und Steigerhaus,

- die Ausarbeitung und Umsetzung des Mobilitätskonzepts zum innerörtlichen Verkehr,

- die Anpassung und Umsetzung des Lärmaktionsplans[[2]](#footnote-3),

- Umsetzung des Konzepts für Fahrrad- und Fußgängerverkehr,

- Maßnahmen zum Ressourcen-, Natur- und Artenschutz, z. B. Steinbruch Vatter, ILEK-Projekt ‚blühende Bergstraße‘, Augustenbühl.

Wir haben dieses Jahr 4 Haushaltsanträge eingebracht. Diese +wurden von der Verwal­tung sämtlich befürwortet.

Leider fand nur ein Teil der Anträge die Zustimmung der anderen Fraktionen. Dabei hat­ten wir hatten den Eindruck, dass sich die Ablehnungen zweier Anträge auf allgemeine, politische Vorbehalte gründete. Wir glauben, es ist noch viel Kommunikation zwischen den Fraktionen nötig, um sachgerechte Lösungen auszuhandeln.

**1. Antrag) Einrichtung von zusätzlichen Fotovoltaik-Anlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden und Flächen**, beginnend auf dem Dach des Hallenbads[[3]](#footnote-4). Ebenso könnte die Installation eines kleineren Solarparks in Ständer-Bauweise über dem zur Sanierung vor­gesehenen Parkplatz vor der Schauenburghalle oder auf dem Dach des Bauhofs ange­dacht werden – zusammen mit Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge der Gemeinde und von Bürgern. Für die Gesellschaftsform der Trägerschaft solcher Anlagen gibt es mehre­re Optionen. Deren jeweilige Wirtschaftlichkeit muss natürlich geprüft werden. Die Be­wirtschaftung in einem Eigenbetrieb sollte allerdings nicht ausgeschlossen werden; vie­le andere Gemeinden erwirtschaften mit dem Betrieb solcher Anlagen Überschüsse.   
Um diese Möglichkeit offen zu halten, hatten wir beantragt, vorsorglich **500.000 € für gemeindeeigene Investitionen einzustellen,** wobeider Ergebnishaushalt nicht belas­tet worden wäre! Dies wurde leider abgelehnt. Es werden aber 30.000 Euro für Pla­nungskosten eingestellt. Dieses Vorgehen nimmt zwar noch keine endgültige Entschei­dung über das Betriebsmodell und die nötige Investitionssumme vorweg, kann aber zu Verzögerungen führen.

**2. Antrag) Aufstockung** der bereits von der Verwaltung eingestellten Mittel **zur Siche­rung des historischen Archivs** der Gemeinde, das sich im Keller in einem schlechten Zu­stand befindet. Sowohl die Einstellung einer Fachkraft als auch eine interkommunale Zusammenarbeit können wir uns vorstellen. Dem Antrag wurde zugestimmt und die Mittel auf nun insgesamt 30.000 € erhöht.

**3. Antrag)** **Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen auf gemeindeeigenen Flächen im Augustenbühl**.   
Dr. Trabold vom Verein ‚Blühende Bergstraße‘ hatte bei einer von uns organisierten und zusammen mit einer Mitarbeiterin der Gemeinde durchgeführten Begehung eine bei­spielhafte Kostenschätzung für konkrete Naturschutzmaßnahmen auf gemeindeeige­nen Flächen des Augustenbühl erarbeitet. Darauf basierend hatten wir die Einstellung von **11.000 €** im Haushalt beantragt. Leider lehnten die anderen Fraktion ab. Dies er­staunte uns um so mehr, da der Gemeinderat im Oktober 2019 solche Maßnahmen, ent­sprechend dem Entwicklungskonzept ‚Blühende Bergstraße‘, grundsätzlich befürwortet hatte.

**Unser 4. Antrag hatte die Erstellung einer Bestandsaufnahme über den Wohnungs­leerstand, die freien Flächen im Innenbereich der Gemeinde, die Fehlnutzung von Wohnraum und die Verfügbarkeit von ausbaufähigen Dachgeschossen zum Inhalt (30.000 €).** Die Datenlage für die weitere Wohnraum- und Ortsentwicklungsplanung in Dossenheim, die den verschiedenen Zielgruppen und dem demographischen Wandel gerecht wird, ist sehr dünn. Andere Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg sind da schon weiter. Sie haben mit solchen, auf freiwillige Mitarbeit der Bürger und frei zu­gänglichen Datenbeständen bauenden Untersuchungen (sog. ‚Leerstandskataster‘) sehr gute Erfahrungen gemacht und neue Erkenntnisse gewonnen. Es ist leider so, dass der sogenannte „Wohnungsmarkt“, der in der Realität nur finanziell gut gestellten Bürgern zugänglich ist, nicht den entwicklungsfähigen Wohnbestand einer Gemeinde abbildet. Auch dieser Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt – mit aus unserer Sicht nicht sachgerechten Argumenten.

*Vom Leitbild zum Haushalt*

Die Doppik bietet uns endlich bessere Möglichkeiten für ein zielgerichtetes Wirtschaf­ten. Die Gemeinde muss jetzt - auf Basis unseres Leitbildes - konkrete Ziele festlegen. Finanzmittel für die Erreichung der jeweiligen Ziele können punktgenau über entspre­chende Haushaltsstellen, den sogenannten Produkten und Produktgruppen, im Haus­halt eingestellt werden. Die Zielerreichung kann dann mit Hilfe von sogenannten Schlüsselpostionen und Kennzahlen überprüft werden.

Leitbild, Ziele, mittelfristige Finanzplanung und jährliche Haushaltsplanung können nun schlüssig zusammengebracht werden – dies war übrigens einer der Kerngedanken unse­res Kommunalwahlprogramms. Wir sind froh, dass das jetzt möglich ist.

Im Februar nächsten Jahres wird der Gemeinderat, auch auf Wunsch unserer Fraktion, in einer 2-tägigen Klausur zusammen kommen und diese Ziele und die dazu notwendi­gen Maßnahmenbündel festlegen; oder zumindest den Prozess dazu zum Laufen bringen.  
Da diese Strategiesitzung allerdings erst nach dem heutigen Haushaltsbeschluss statt­findet, könnten die Gemeinde schon bald wieder gezwungen sein, mit einem Nachtrags­haushalt den heute zu beschließenden Haushalt anzupassen. Es kommt auf die Ziele an.

Unser Wunschergebnis ist letztlich die Erarbeitung eines Gemeindeentwicklungsplans, eines mittel- bis langfristigen **Masterplans für Dossenheim**.

*Strategisch prioritäre Ziele für Dossenheim aus Sicht der Grünen*

Für uns sind folgende Zielbereiche vorrangig:

* Schaffung von sozial verträglichem, bezahlbarem und zielgruppengerechtem Wohnraum,
* Vorrang der Entwicklung des Innenbereichs gegenüber dem Außenbereich der Gemeinde,
* an die demographischen Entwicklung angepasste Orts(kern)entwicklung,
* Erreichen von kommunaler Klimaneutralität,
* Erhalt der natürlichen, land- und forstwirtschaftlichen Ressourcen sowie der Ar­tenvielfalt,
* Ausbau von Bildungsinfrastruktur, insbesondere qualitativ hochwertigen (Ganz­tages-)Schulen und Kindertagesstätten,
* Weiterentwicklung und ökologischen Transformation von Verkehr und Infrastruk­tur.

Die Ergebnisse der Klima-Konferenz in Madrid haben international ein „Mangelhaft“ er­halten. Sie war geprägt von heftigen Abwehrkämpfen: nicht das zu tun, was nötig und gemeinsam möglich wäre.   
Wir sind optimistisch, dass wir das in Dossenheim anders machen. Dass wir es gemein­sam schaffen, gemäß unserem Leitbild eine ökologische Vorbildgemeinde zu werden – und sei es nur im Landkreis.

1. *) Da in manchen Gemeinden die Schulden des Kernhaushalts nur 20% der Gesamtschulden ausmachen, wird – insbesondere zum interkommunalen Vergleich – die Heranziehung der in­tegrierten Schulden empfohlen (siehe auch statistisches Landesamt Baden-Württemberg)* [↑](#footnote-ref-2)
2. *) Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom Juli 2018, das feststellt, dass deutlich geringere Grenzwerte als bisher zu Grunde gelegt werden kön­nen?*  [↑](#footnote-ref-3)
3. ) *Sehr ähnlich hatte dies die CDU im letzten Jahr beantragt, allerdings ohne Nennung einer Investitionss­umme. Eine Umsetzung steht bislang aus*. [↑](#footnote-ref-4)